



Wunsiedel, den 21.10.2011

Stellungnahme zur Stimmkreisreform

In dieser Woche hat der Bayerische Landtag das Landeswahlgesetz verabschiedet, das die Grundlage für die Landtagswahl 2013 ist. Damit wurde beschlossen, dass Oberfranken 16 (statt bisher 17) Landtagsabgeordnete stellen wird, und die Stimmkreise von neun auf acht zu reduzieren sind. Diese Maßnahme ist nach Bayerischer Verfassung und Landeswahlgesetz zwingend.

Wir haben als CSU Oberfranken rechtlich prüfen lassen, ob eine Verschiebung möglich wäre. Wir haben als Bayerischer Landtag eine Expertenanhörung zu diesem Thema durchgeführt. Alle Verfassungsrechtler haben erklärt, dass wegen des Grundsatzes der Gleichgewichtigkeit jeder Wählerstimme und aufgrund unseres regionalisierten Wahlsystems (jeder Regierungsbezirk stellt eigene Listen zur Landtagswahl auf, in Oberfranken kandidieren nur Oberfranken für den Landtag) diese Anpassung an die Einwohnerzahlen zwingend ist. Wollte man dies ändern, müsste man die Bayerische Verfassung ändern, wofür eine Zweidrittelmehrheit im Parlament und ein Volksentscheid nötig sind. Im ganzen Land müsste man sich dann einig werden, nach welchem System gewählt wird und nach welchem Maßstab Abgeordnete im Land verteilt werden – ein ergebnisloses Unterfangen!

Die Entscheidung über Neueinteilung der Stimmkreise hat man grundsätzlich den oberfränkischen Abgeordneten überlassen. Ich bin unserem Innenminister Joachim Herrmann dankbar, dass er erklärt hat, dass es mehrere verfassungsrechtlich einwandfreie Lösungen dafür gibt. Im Gesetzentwurf, den der Landtag als Beratungsgrundlage erhalten hat, hat die Staatsregierung den Stimmkreis Kulmbach-Wunsiedel vorgeschlagen. Die Begründung dafür ist, dass beide Landkreise zu klein für einen eigenen Stimmkreis sind, zusammen jedoch einen (sehr großen) Stimmkreis bilden können.

Mein Ziel war, dass Wunsiedel mit Gemeinden der Landkreise Hof und Bayreuth einen eigenen Stimmkreis behält, und Kulmbach zusammen mit dem Landkreis Kronach einen eigenen Stimmkreis bilden kann. Ich habe mir davon Vorteile für die regionale Zusammengehörigkeit und Zusammenarbeit versprochen.

Dies hätte jedoch auch zur Folge gehabt, dass der bisherige Stimmkreis Lichtenfels-Kronach aufgelöst und Lichtenfels zusammen mit Bamberg ein neuer Stimmkreis hätte werden müssen. Dies wurde im Westen Oberfrankens von Forchheim bis Kronach kategorisch abgelehnt.

In unzähligen Besprechungen in unterschiedlichen Gremien haben wir Argumente für und gegen die unterschiedlichen Lösungen ausgetauscht. In der letzten Woche hat sich auch unser Ministerpräsident Horst Seehofer in die Debatte eingeschaltet und uns zu einem Gespräch gebeten, das ergebnislos verlief. Wir Abgeordnete aus Bayreuth, Kulmbach und Wunsiedel haben es der Koalition aus CSU und FDP nicht leicht gemacht. Aber in der Demokratie entscheiden letztlich Mehrheiten, und diese sind hier eindeutig.

Ich hätte mir gewünscht, dass auch Politiker aus dem Westen Oberfrankens und Mandatsträger mit übergeordneten Ämtern die Tragweite der Entscheidung für den neuen Stimmkreis Kulmbach-Wunsiedel würdigen und in ihre Entscheidung einfließen lassen. Nicht tragbar ist aus meiner Sicht, dass der Bamberger Landrat Dr. Denzler sich als Bezirkstagspräsident zu diesem Thema äußert, obwohl er in dieser Funktion Verantwortung für ganz Oberfranken hätte. Er kann sich als Bamberger Landrat äußern, doch so hat er seinem Amt keine Reputation erwiesen.

Fast schon scheinheilig ist das Verhalten der Opposition. In der Expertenanhörung konnten sie nicht einmal eine nachvollziehbare verfassungsrechtliche Position darstellen, das Ergebnis der Anhörung war eindeutig (s.o.). Weder SPD noch Freie Wähler haben einen Änderungsantrag zum Stimmkreiszuschnitt in Oberfranken gestellt. Die Freien Wähler haben dies damit begründet, dass sie der Meinung seien, dass man die Änderung nicht hätte vollziehen müssen. Vor dem Ausgang der Expertenanhörung kann dies nur als Politikverweigerung und Verantwortungslosigkeit bezeichnet werden. In der SPD hat man sich ebenfalls auf keinen Neuzuschnitt der Stimmkreise einigen können. Während sich Kollegin Inge Aures für die Lösung Kulmbach-Kronach ausgesprochen hat, hat dies ihre Kronacher Kollegin Steiger kategorisch abgelehnt.

Klar ist, dass der neue Stimmkreis Kulmbach-Wunsiedel mit größtem Engagement und größtem Einsatz in München und vor Ort bearbeitet werden muss. Der neue Stimmkreis ist eine große Herausforderung aber auch eine interessante und wichtige Aufgabe. Mit unseren politischen Freunden im Kreis Kulmbach arbeiten wir eng und vertrauensvoll zusammen und es gibt keine politische Kraft, die alle Anliegen der Menschen des Stimmkreises besser vertreten kann als die CSU. Die Zusammenarbeit mit der Kulmbacher Kollegin Gudrun Brendel-Fischer hat in den letzten Jahren ganz hervorragend zum Wohle aller drei Landkreise Bayreuth, Kulmbach und Wunsiedel funktioniert.

Martin Schöffel, MdL